

INSIDE

Informationsdienst der FDP-Grossratsfraktion vom 08. März 2019

Inhalt:

- › **Fraktionserklärung der FDP, CVP und Grünen** Von Sabina Freiermuth (S. 1)
- › **Keine staatliche Industriepolitik** Von Silvan Hilfiker (S. 3)
- › **FDP.Die Liberalen Seniorinnen und Senioren Aargau** Von Hans-Peter Widmer (S. 4)
- › **Aufruf FDP Schweiz Schiedsgericht** Von Geschäftsstelle FDP Aargau (S. 5)
- › **Informationen und kommende Veranstaltungen der FDP Aargau.** Von Geschäftsstelle FDP Aargau (S. 5)

Fraktionserklärung der FDP, CVP und Grünen

Sabina Freiermuth, Fraktionspräsidentin und Grossrätin, Zofingen
sabina.freiermuth@hispeed.ch



Der Regierungsrat und wir Parlamentarier müssen uns in Respekt und Vertrauen begegnen. Nur so können wir die anstehenden Herausforderungen erfolgreich meistern. Genau dafür haben uns die Menschen im Aargau ihre Stimme gegeben. In den letzten Monaten wurde die Zusammenarbeit zwischen der Vorsteherin des Departement Gesundheit und Soziales und ihrer Fachkommission durch mehrere Vorfälle beeinträchtigt. Aber wo gearbeitet wird, passieren auch Fehler. Diese einzuräumen und die richtigen Lehren daraus zu ziehen, gehört mitunter zur Führungsaufgabe. Das Fass zum Überlaufen bringt aber, wenn just im Moment, da ein «mea culpa» angebracht ist, das Gegenüber in ein schlechtes Licht gerückt und verunglimpft wird. Das war für mich als Fraktionspräsidentin der Anlass, zur Feder zu greifen:

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin Roth,

Auf der Homepage des Departements Gesundheit und Soziales heissen Sie die Besucher mit den folgenden Worten willkommen:

«Der Mensch steht im Zentrum der Arbeit im Departement Gesundheit und Soziales. Die Themenbereiche *(- es folgt eine Aufzählung -)* betreffen die Aargauerinnen und Aargauer direkt und teilweise sehr konkret, weil sie mit der Sicherheit der Bevölkerung in verschiedenen Lebensbereichen zusammenhängen. Deshalb basiert unsere Arbeit auf den Grundlagen der Nachhaltigkeit und Transparenz, des Vertrauens und der Wertschätzung. Dieses Arbeitsverständnis wenden wir intern an, aber auch gegenüber unseren Anspruchsgruppen und Partnern.»

Das sind hehre Worte. Zurzeit vermissen wir Grossrätinnen und Grossräte dazu den Tatbeweis. Lassen Sie uns darlegen, warum:

Anlässlich einer Talk-Sendung bezeichnen Sie sich als ehrlich, transparent und sachlich, währenddessen Sie Grossrätinnen und Politiker folgendermassen darstellen:

- Sie verfolgen versteckte Agenden, sind intrigant und nicht der Sache verpflichtet.
- Sie reichen unnütze und unsinnige Vorstösse ein, die dem Bürger nichts bringen.
- Sie beschäftigen die Verwaltung unnötig und wollen gleichzeitig Stellen streichen.

Diese Aussagen lassen die angesprochene Wertschätzung vermessen. Sie drücken Geringschätzung aus. Wir erachten diese Worte als respektlos. Auch die äusserst späte Information über ein Gerichtsverfahren, welches die Hauptziele der anstehenden Spitalgesetzrevision gesamthaft in Frage stellt, oder der überfallartig verschickte Bericht zum PwC-Gutachten erschweren eine vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Frau Regierungsrätin, wir sind allesamt Milizpolitiker. Das heisst, für eine Kommissionssitzung nehmen wir uns einen halben Tag frei. Und wir bereiten uns dafür an Feierabenden oder am Wochenende vor. Wir sind darauf angewiesen, dass wir die Entscheidungsgrundlagen rechtzeitig und vollständig

erhalten.

Das liegt in Ihrer Verantwortung.

In den Fachkommissionen findet die politische Hauptarbeit statt. Zusammen mit dem Regierungsrat werden die Geschäfte dort unter dem Schutz der Vertraulichkeit diskutiert, und es werden einvernehmliche Lösungen gesucht und gefunden. Damit dies erfolgreich geschehen kann, braucht es diese Vertrauensbasis. Sie, Frau Regierungsrätin, müssen sich darauf verlassen können, dass das Kommissionsgeheimnis eingehalten wird. Im Gegenzug müssen die Kommissionsmitglieder darauf zählen können, dass sie wahrheitsgetreu, vollständig und rechtzeitig informiert werden. Hier kommen wir wieder zum Arbeitsverständnis in Ihrem Departement. Es basiert wie oben ausgeführt auf Transparenz, Vertrauen und Wertschätzung.

Im Gesundheitswesen stehen dringende und richtungweisende Reformen an. Damit diese gelingen, braucht es zwischen den Institutionen Regierungsrat und Grossrat eine von

Offenheit, Vertrauen und Respekt geprägte Zusammenarbeit. Unser Kanton Aargau und seine Menschen haben das mehr als verdient.

In Interview sagen Sie, Frau Regierungsrätin, sie wollen die Zusammenarbeit mit der Kommission GSW verbessern. Die Politik sei eine andere Welt als das Gericht. Offenbar sei das Reden wichtiger, als Sie dies zu Beginn einschätzten.

Wir halten es hier mit dem früheren italienischen Ministerpräsidenten und ehemaligen Präsidenten der UN-Generalversammlung, Amintore Fanfani. Er sagte: *«In der Politik ist es wie im Konzert: Ungeübte Ohren halten das Stimmen der Instrumente schon für Musik.»*

Frau Regierungsrätin Roth, wir laden Sie heute ein: Hören wir auf, unsere Instrumente zu stimmen. Beginnen wir dafür, zusammen Musik zu spielen.

Keine staatliche Industriepolitik Standesinitiativen SP und CVP

Silvan Hilfiker, Vize-Fraktionspräsident und Grossrat, Oberlunkhofen
silvan.hilfiker@grossrat.ag.ch



Bereits im Januar äusserte sich die FDP kritisch zur den Standesinitiativen der SP und der CVP, die aufgrund des Verkaufs der Stromübertragungssparte von ABB an den japanischen Hitachi-Konzern eingereicht wurden. Am letzten Dienstag beriet der Rat darüber und schickte mit deutlichem Ergebnis den Ruf nach mehr Staat in der Industriepolitik bachab. Die Ratspräsidentin meinte zwar während der Beratung, es sei langweilig über diese Initiativen zu debattieren. Für mich war diese Aussage völlig unverständlich. Wirtschaftspolitik im Industriekanton Aargau finde ich nämlich mehr als spannend.

Vorweg: Mit dem Instru-

ment einer Standesinitiative kann ein Kantonsparlament eine Forderung platzieren, die nicht primär die kantonale Politik betreffen muss. So wollte die **SP** den Bund auffordern, gesetzgeberische Möglichkeiten zur Einflussnahme auf grosse Übernahmen/Verkäufen von arbeitsmarktlich bedeutsamen Unternehmen zu prüfen. Die **CVP** zielte in eine etwas andere Richtung. Sie forderte die Schaffung von gesetzlichen Grundlagen, die es den börsenkotierten Schweizer Unternehmen ermöglicht, eine nachhaltige Geschäftspolitik im Interesse des langfristigen Gedeihens des Unternehmens zu betreiben. Dabei sollen nicht oder jedenfalls nicht primär zwingende Gesetzesvorschriften erlassen werden, die für alle Unternehmen massgebend sind, sondern dispositive Normen, die den Unternehmen möglichst grossen Gestaltungsspielraum in der Ausgestaltung ihrer Corporate Governance geben. Für diesen ohne Zweifel etwas komplexe Beschreibung der Initiativen entschuldige ich mich an dieser Stelle, es handelt sich um einen Auszug aus dem Initiativtext.

Beide Forderungen lösten in der FDP keine Begeisterung aus, was nicht heisst, dass wir diese Problematik ausblenden. Wir stehen **staatlichen Eingriffen in den freien Markt** grundsätzlich kritisch gegenüber, weil uns der **nationalistische Ansatz** stört und weil die Schweiz heute schon

kein schrankenloser Industriestandort ist. Darum lehnten wir die Standesinitiative ab.

Die FDP nimmt die Thematik von Übernahmen von für die Schweiz strategisch relevanten Unternehmen ernst. Wir sind aber der Auffassung, dass eine staatlich gelenkte Industriepolitik nicht das adäquate Mittel ist, um eventuell unerwünschte Übernahmen Schweizer Unternehmen durch ausländische Investoren zu begrenzen oder zu verhindern. Es darf nämlich nicht vergessen werden, dass auch die Schweiz im Ausland massiv investiert, 2017 waren es rund 1.2 Milliarden Franken. Wir können kein Interesse daran haben, gegebenenfalls nationalistisch begründeten Retorsionsmassnahmen ausgesetzt zu sein. Dennoch ist es richtig, gerade Investitionen von Konzernen hinter denen ein ausländischer Staat steht, jeweils genauer unter die Lupe zu nehmen. Die Wirtschaftskommission des Ständerats hat dieses Thema aufgenommen und will sich damit befassen. Wir werden die Debatte und die daraus entstehenden Vorschläge genau prüfen. In jedem Fall steht für die FDP aber fest: eine Verstaatlichung der Schweizer Industriepolitik ist der falsche Weg, um Lösungen in dieser Frage zu finden.

FDP. Die Liberalen Seniorinnen und Senioren Aargau

Wer ist und was schreibt die Staatsschreiberin?

Hans-Peter Widmer, ehem. Redaktor und FDP-Grossrat, Hausen
hanspeter.widmer@hispeed.ch



*Vincenza Trivigno spielt im Staat Aargau eine Schlüsselrolle.
Bild H.P.W.*

Vincenza Trivigno ist als Nachfolgerin von Peter Grünenfelder seit 2016 im Amt, die erste Staatsschreiberin in der Geschichte des Kantons Aargau und ausnahmsweise eine Nichtjuristin auf diesem Posten. Die 39-jährige gebürtige Oltnerin studierte Volkswirtschaft und Soziologie sowie europäisches und internationales Wirtschaftsrecht. In das aargauische Regierungsgebäude brachte sie vielseitige berufliche Erfahrungen aus der Bundesverwaltung, Privatwirtschaft und Verbandspolitik mit. Unter anderem war sie Referentin von Bundesrat Pascal Couchepin, Mitarbeiterin bei Syngenta, Vizepräsidentin für Wirtschaftsfragen und geistiges Eigentum bei Interpharma, Kommunikationschefin bei Stadler Rail und zuletzt Generalsekretärin der Zuger Gesundheitsdirektion. Sie bezeichnete sich selbst als Generalistin.

Managerin statt Schreiberin

Galten Staatsschreiber zu früheren Zeiten noch als wirkliche Schreiber – historisches Beispiel war der Dichter Gottfried Keller, der 15 Jahre lang neben seiner schriftstellerischen Tätigkeit als Zürcher Staatsschreiber wirkte –, so ist dieses Amt inzwischen eine Stabschef-Funktion mit Koordinations- und Managementschwerpunkten. Immerhin stellte Vincenza Trivigno noch die rhetorische Frage: „Was schreibt die Staatsschreiberin eigentlich?“ Nun, sie respektive ihr Stellvertreter Urs Meier verschriftlicht die Regierungsbeschlüsse. Aber sie bekleide kein politisches Amt, betonte die Referentin. Im Gegensatz zu einst, als der Staatsschreiber trotz einem viel engeren Tätigkeitsfeld noch als eine Art sechster Regierungsrat galt, scheint die parteipolitische Herkunft heute keine besondere Rolle mehr zu spielen.

„Aus dem Leben einer Staatsschreiberin“ hiess der Titel der jüngsten Veranstaltung der FDP. Die Liberalen Seniorinnen und Senioren Aargau – mit dem vieldeutigen Zusatz: „Eine Gesamtsicht“. Darauf legte die Referentin Vincenza Trivigno Wert, um die Breite und Vielschichtigkeit ihrer Aufgabe anzudeuten. Das über 60-köpfige Publikum lernte eine vitale Persönlichkeit kennen.

Als Chefin der Staatskanzlei dient die Staatsschreiberin in erster Linie dem Regierungs-Gesamtkollegium. Sie verkörpert die Scharnierfunktion zwischen Politik und Verwaltung und die Schnittstelle zum Parlament. Zu ihren Hauptaufgaben gehören die Vorbereitung der Regierungssitzungen, die Gewährleistung der interdepartementalen Zusammenarbeit, die Sicherstellung der Rechtsberatung, des Beschwerdedienstes und der Kommunikation, die Organisation der Wahlen und Abstimmungen sowie die Vorbereitung und Koordination der politischen Planung, Strategien und Aussenbeziehungen des Kantons.

Staatshaushalt und Digitalisierung

Als aktuellste Herausforderungen der Mittelfristplanung bezeichnete Vincenza Trivigno die Digitalisierung des vielschichtigen Staatsbetriebes bis hin zu allfälligen personalstrategischen Teilzeit- und Home-Office-Lösungen sowie die Haushaltsanierung mit dem Ziel, das strukturelle Defizit des Kantons in den Griff zu bekommen. Der mit Sondereffekten zusammenhängende, überraschend gute Rechnungsabschluss 2018 dürfe nicht über die relativ schwache Finanzstruktur des Aargaus hinwegtäuschen, was sich auch in dem unter dem Landesdurchschnitt liegenden Zuwachs des kantonalen Pro-Kopf-Bruttoinlandprodukts (BIP) ausdrücke. Der Aargau, so die Staatsschreiberin, habe in den letzten 15, 20 Jahren punkto Finanzkraft rückwärts gemacht. Die Regierung gehe das Problem aus gesamtheitlicher Sicht mit 14 Reformmodulen an. Einsparungen allein genügen jedoch nicht, auch die Erträge müssten erhöht werden. . .

Über das Ressourcenproblem wollten die FDP-Seniorinnen und Senioren – unter ihnen vor allem auch ehemalige Regierungs- und Grossräte, die selber mit Sparprogramm befasst waren – noch mehr erfahren. Zum Beispiel, wie der Kanton die Steueraufteilung für bedeutende Firmen mit ausserkantonalem Sitz, aber grossen Produktions- oder Logistikstandorten im Aargau, zu verbessern gedenke. Oder, wie er sich dem Bund und den deutschen Nachbarn gegenüber zur

Frage von stärkeren Sozialleistungsverpflichtungen einbringe, die mit der grossen Zahl von Grenzgängern im Aargau an Aktualität gewinnen dürfte. Die Referentin nahm dazu zurückhaltend Stellung.

Am Schluss der Zusammenkunft kündigte Ursula Brun Klemm, die Präsidentin der FDP- Seniorinnen- und Senioren-Vereinigung, eine nächste Informations- und Diskussionsveranstaltung am 16. Mai im „Schützen“ Aarau zum sensiblen Thema Kinder- und Erwachsenenschutz (KESB) an.

FDP.Die Liberalen Schweiz sucht ein Ersatzmitglied für ihr Schiedsgericht

Anforderungen:

- Juristischer Background ohne aktives politisches Amt
- Zeitaufwand zirka 4 Sitzungen pro Jahr
- Bewerbungsfrist Ende März
- Bei Interesse Mail an info@fdp-ag.ch

INSIDE Nationalratskandidatinnen und -kandidaten

Die Präsentation der Nationalratskandidatinnen und -kandidaten wird in den kommenden INSIDE-Ausgaben fortgeführt.

Kommende Veranstaltungen der FDP.Die Liberalen Aargau

Freitag, 22. März 2019, 19.00 Uhr: GV Jungfreisinnige Aargau im Fricktal

Dienstag, 26. März 2019, 19.00 Uhr: Parteitag 19/2 FDP Aargau in Aarburg

Donnerstag, 28. März 2019, 18.00 Uhr: GV FORUM Aargau in Frick

Redaktion und Versand INSIDE:

Sven Marti, Geschäftsführer und Fraktionssekretär FDP.Die Liberalen Aargau

E-Mail: info@fdp-ag.ch



Freiheit



Gemeinsinn



Fortschritt